Kontrolle ohne Ausbeute: Afrikas Spielraum bei kritischen Mineralien

Datum	14.8.2026
Subjekt	Welthungerhilfe
Autor	Conor M. Savoy
Region	Nemecko
Kategorie	Obchod a ekonomika, Ťažba uhlia, ropy, zemného plynu, Medzinárodné organizácie

Ohne zukunftsweisende eigene Verarbeitung sind Ressourcen-Nationalismus und Exportverbote nicht die Lösung.

*Alle in der Welternährung geäußerten Ansichten sind die der Autor*innen und spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten oder die Positionen der Welternährungsredaktion oder der Welthungerhilfe wider.*

ENGLISH VERSION

Afrikas Einfluss auf die Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe ist real, doch historisch gesehen wurde dieser nur unzureichend in Einnahmen, Kontrolle oder Nutzen für die Bürger umgemünzt. Der Ressourcenreichtum des Kontinents ist unbestreitbar: Allein auf die Demokratische Republik Kongo (DRK) entfallen rund 70 Prozent der weltweit bekannten Reserven von Kobalt. Sambias Kupfergürtel und Guineas Bauxitvorkommen haben auf ihren jeweiligen Märkten ein vergleichbares Gewicht. Um diesen Reichtum tobt nun ein intensiver Wettstreit zwischen den USA, China, der Europäischen Union und anderen geopolitischen Akteuren, die sich alle die Lieferketten für Batterien und Rüstungskomponenten sichern wollen. Die USA, Japan und die EU suchen nach Wegen, rasch ihre Abhängigkeit von China bei kritischen Mineralien, insbesondere bei Seltenen Erden, zu verringern.

Für die afrikanischen Länder hat sich der Ressourcenreichtum jedoch nicht in angemessener Kontrolle, fairer Preisgestaltung oder einem verbreiteten Nutzen niedergeschlagen. Die Hindernisse hierfür sind immens: Es ist nicht nur eine Frage der Finanzen, sondern wird erfordern, den Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Korruption zu legen sowie auf den Ausbau institutioneller Kapazitäten, die Fortbildung von Arbeitskräften und die Einforderung gleicher Wettbewerbsbedingungen.

Afrikanische Länder profitieren größtenteils vom Abbau von Rohmineralien durch Konzessionsvereinbarungen mit Bergbauunternehmen; an dieser Dynamik hat sich seit den Tagen der Kolonialherrschaft wenig geändert. Die Verarbeitung dieser Mineralien liegt weitgehend außerhalb der afrikanischen Kontrolle. China veredelt mehr als 70 Prozent des weltweiten Kobalts und dominiert die Midstream-Kapazitäten bei Lithium, Seltenen Erden und batterietauglichem Nickel. Die DR Kongo exportiert Roh- und halbveredelte Materialien und importiert die Batterien und Magnete zurück, zu denen diese verarbeitet werden.

Der Sektor war stärker geprägt vom "wie viel" als vom "wie", die gewünschte Kontrolle also eher quantitativ als qualitativ ausgerichtet. Afrikanische Regierungen haben härter über Lizenzgebühren und Beteiligungen verhandelt, nur wenige bauten indes die Kapazitäten für Verhüttung, Raffination oder Kathodenherstellung auf, die ihnen jenseits des Bergwerkstors Mehrwert verschaffen würden. Dies würde auch erheblichen Einsatz von ausländischem Kapital erfordern, was wiederum ein verbessertes Investitionsklima voraussetzt und - ebenso wichtig - verlässliche Energieversorgung.

Weiterverarbeitung von Erz benötigt große Mengen an Strom und sowohl Sambia als auch DR Kongo haben schon jetzt Engpässe bei der Produktion und Verteilung. Vorhaben zur Weiterverarbeitung sind daher nicht zu trennen von Investitionen in Stromerzeugung, die einen längeren Zeitraum benötigen als für die derzeit erhöhte Nachfrage nach Rohstoffen abzusehen ist.

Die US-Regierung von Donald Trump ist in jüngerer Zeit dazu übergegangen, dem Land aggressiv breiteren Zugang zu kritischen Mineralien durch eine Reihe von Abkommen und Initiativen zu verschaffen. Viele davon sind auf Afrika ausgerichtet. Das strategische Partnerschaftsabkommen zwischen den USA und der DR Kongo, unterzeichnet am 4. Dezember 2025 in Washington parallel zum Friedensabkommen zwischen Ruanda und der DR Kongo, gewährt den Vereinigten Staaten bevorzugten Zugang zu kongolesischem Kupfer und Kobalt. Geplant ist auch die Einrichtung einer strategischen Reserve staatseigener Bergbau-Liegenschaften, die für US-Investitionen vorgesehen ist. Das staatliche kongolesische Bergbauunternehmen Gecamines hat mit der Lieferung von Kupfer an ausgewählte Abnehmer begonnen, und das kleine US-Unternehmen Virtus Minerals sicherte sich die Rechte an der Mutoshi-Lagerstätte, die bis zu fünf Prozent des weltweiten Kobaltangebots produzieren kann.

Kongolesische Anwälte und Menschenrechtsaktivisten reichten im Januar 2026 eine Verfassungsklage gegen das Abkommen ein mit der Begründung, es sei ohne angemessene parlamentarische Beteiligung ausgehandelt worden. Dieses Muster erinnert an einen früheren Fall: die Sicomines-Vereinbarung von 2008, in deren Rahmen die DR Kongo einem chinesischen Konsortium im Austausch gegen Infrastrukturfinanzierung Schürfrechte gewährte. Sie wurde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) wiederholt wegen der zu geringen Bewertung der als Sicherheiten verpfändeten Mineralien kritisiert.

Infrastrukturinvestitionen bieten eine gewisse Gegenleistung, sofern sie ordentlich durchgeführt werden. Der Lobito-Korridor, eine Eisenbahnverbindung von der Atlantikküste Angolas durch die DR Kongo zum Kupfergürtel in Sambia, erhielt Finanzierungszusagen von der Africa Finance Corporation (AFC), der Afrikanischen Entwicklungsbank, der US-amerikanischen International Development Finance Corporation (DFC) und der Development Bank of Southern Africa (DBSA), darunter ein von der DFC geschnürtes Finanzierungspaket in Höhe von 753 Mio. Dollar, das Mitte 2026 vereinbart wurde. Der Streckenausbau soll die Transportkosten für Kupfer und Kobalt um bis zu 30 Prozent senken und die Beförderung von sechzehn auf sieben Tage verkürzen. Die Verbindung könnte nicht nur für Rohstoffexporte in Überseemärkte genutzt werden, sondern auch dem Aufbau von Industrien für Verarbeitung und Endprodukte dienen. Dies würde jedoch ein entsprechendes Engagement der USA und der anderen Lobito-Partner voraussetzen.

Der Ressourcen-Nationalismus ist zu einer wichtigen Kraft in der afrikanischen Politik rund um Bodenschätze geworden und könnte weiter zunehmen. So ist die DR Kongo von der Besteuerung der Produktion zu deren Beschränkung übergegangen: Die Exporte von Kobalthydroxid wurden durch eine Ende 2025 eingeführte Exportquote auf rund 96.000 Tonnen pro Jahr begrenzt. Die Quote hält den Spotpreis für Kobalt bei etwa 25 Dollar pro Pfund, doch die Preisstützung ist eher ein Nebeneffekt: Das eigentliche Ziel besteht darin zu beeinflussen, wer das Material verarbeitet und wo. Dies markiert einen Bruch mit dem früheren, rein fiskalischen Ansatz der DR Kongo.

Exportverbote sind heute in verschiedenen Förderländern ein Instrument des Ressourcen-Nationalismus. Indonesien lieferte das Vorbild: Ein Ausfuhrverbot für unverarbeitetes Nickelerz aus dem Jahr 2020 mobilisierte fast 14 Mrd. Dollar für inländische Schmelzkapazitäten; die Produktion von Nickel-Roheisen vervierfachte sich nahezu bis 2024, und Indonesien wurde strukturell in die globalen Batterie-Lieferketten eingebunden. Indonesiens Verbot ist zugleich eine Warnung: Wohl baute das Land bedeutende Kapazitäten zur Nickelverarbeitungs auf, doch es war China, das diese Investitionen dominierte. Simbabwe und die DR Kongo versuchen sich mit Varianten derselben

Strategie. Simbabwe setzte im Februar 2026 alle Exporte von Rohmineralien und Lithiumkonzentrat aus und hielt sogar Ladungen auf dem Weg zum Hafen auf, noch bevor die Frist für ein vollständiges Verbot im Januar 2027 abläuft.

Maßnahmen wie diese verknappten das Angebot und trieben die Preise in die Höhe – das beabsichtigte Ergebnis. Allerdings zwingt ein Exportverbot nur dann zu Investitionen in nachgelagerten Bereichen, wenn die Käufer keine Ersatzquellen haben. Ob die Welle der Exportverbote in Afrika zu einer Ausweitung der Veredelungskapazitäten vor Ort führt oder lediglich den Engpass verlagert, wird darüber entscheiden, ob sich Ressourcen-Nationalismus in den Aufbau von Industrie ummünzen lässt oder eine reine Preistaktik bleibt.

Früher war der Ansatz eher finanzieller als physischer Natur. Das kongolesische Bergbaugesetz von 2018 erhöhte die Grundförderabgabe für Nichteisenmetalle von 2 auf 3,5 Prozent und führte eine neue Förderabgabe von 10 Prozent für „strategische“ Mineralien ein – eine Kategorie, zu der nun Kobalt, Coltan und Germanium gehören. Das Gesetz führte außerdem eine 50-prozentige Sondersteuer auf Gewinne ein, die entstehen, wenn die Preise um mehr als 25 Prozent über die Annahmen der Machbarkeitsstudie steigen, und schrieb eine staatliche Beteiligung von 10 Prozent an neuen Lizenzen vor.

Bergbauunternehmen warnten, die Änderungen würden Investitionen abschrecken. Die Investitionen brachen nicht ein, die Kobaltproduktion wuchs, angetrieben eher von der Nachfrage als von Abgaben-Regularien. Diese Erkenntnis lässt sich verallgemeinern und erklärt, warum sich der nationalistische Kurs verfestigt: Afrikanische Regierungen verfügen auf Ebene der Lizenzgebühren und der Exportpolitik über mehr Einfluss, als die Investorengemeinschaft gemeinhin eingesteht – vorausgesetzt, der betreffende Rohstoff ist tatsächlich knapp.

Die entscheidende Kehrseite des Ressourcen-Nationalismus ist bislang innerstaatlicher, nicht diplomatischer Natur. Die Verteilung der Einnahmen innerhalb der DR Kongo bleibt die unerfüllte Hälfte des Deals. Das Gesetz von 2018 sieht vor, dass 50 Prozent der Lizenzgebühren an die Zentralregierung, 25 Prozent an die Provinz des Bergbaugebiets, 15 Prozent an das Gebiet selbst und 10 Prozent an einen Fonds für künftige Generationen fließen. Aber die Auszahlungen an Provinzen und Gemeinden erfolgte bisher uneinheitlich, und Gecamines hat sich in der Praxis eher zu einem „Gatekeeper“ entwickelt, der Abbaurechte an Joint-Venture-Partner vergibt, als zu einem direkten Betreiber. Höhere Sätze von Lizenzgebühren garantieren somit nicht, dass die Einnahmen die umliegenden Gemeinden der Bergwerke erreichen. Durchsetzungsfähiger Ressourcennationalismus ohne Verteilungsreform verschiebt lediglich den Punkt, an dem Einnahmen an Bergbaugemeinden vorbeifließen – vom ausländischen Betreiber zum inländischen Torwächter – und hier beginnt die Frage der Transparenz.

Im Jahr 2001verpflichtete sich der BP-Konzern nach anhaltendem Druck von der Interessenvertretung Global Witness als erster in Angola tätiger Ölmulti dazu, Zahlungen an die staatliche Ölgesellschaft Sonangol und an die Regierung zu veröffentlichen. Die Offenlegung war eng gefasst: Erdölproduktion nach Blöcken, Gesamtzahlungen gemäß Vereinbarungen der Produktionsbeteiligung, Signaturboni. Selbst dieser kleine Schritt stieß bei den angolanischen Behörden auf Widerstand, und es folgten über Jahre wiederholte Streitigkeiten über nicht offengelegte Zahlungen an Sozialfonds, darunter eine vom IWF 2011 festgestellte Diskrepanz von 32 Mrd. Dollar in den Büchern von Sonangol.

Dieses Muster ist struktureller Natur und unabhängig von den Unternehmen. Transparenz von Einnahmen ohne weitere Durchsetzungsmechanismen führt zu Offenlegung ohne Rechenschaftspflicht. Die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI), die 2003 unter anderem als Reaktion auf den Fall Angola gegründet wurde, zählt mittlerweile mehr als 50

teilnehmende Länder, darunter 28 in Afrika, und verlangt die Offenlegung von Daten zu Lizenzen, Produktion, Einnahmen und wirtschaftlich Begünstigten. Die aus derselben Kampagne hervorgegangene Koalition *Publish What You Pay* hat in den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union verbindliche Offenlegungsvorschriften durchgesetzt, die über den freiwilligen Rahmen der EITI hinausgehen.

Beide Initiativen stoßen an dieselben Grenzen: Sie generieren Daten, zwingen jedoch nicht zu bestimmten Ausgaben, und eine Regierung mag vollständig ihre Einnahmen veröffentlichen, doch unterliegt sie deswegen keiner Verpflichtung, von diesen Geldern auch den Gemeinden in der Umgebung der Bergwerke etwas abzugeben. Diese Linie zwischen Transparenz und Rechenschaftspflicht wird bei der gegenwärtigen transaktionellen Wende in der Rohstoffdiplomatie großzügig übersehen.

Drei Stellschrauben würden die Kluft zwischen der Kontrolle über Bodenschätze und der Erzielung von Einnahmen verringern.

Erstens müssen Regierungen von Hocheinkommensländern, die Korridor- und Verarbeitungsinfrastruktur finanzieren, diese Finanzierung an lokale Veredelungsziele knüpfen – und nicht nur an Exportvolumina. Die Geldgeber des Lobito-Korridors sollten darauf hinarbeiten, messbare inländische Veredelungskapazitäten aufzubauen und prüfen, wie sie industrielle Ansiedlungen für Endprodukte entlang des Korridors unterstützen können. Diese könnten von den Investitionen in Infrastruktur profitieren und dazu beitragen, den zunehmenden Trend zum Ressourcen-Nationalismus in Form einseitiger Exportverbote in der DR Kongo und anderswo abzuschwächen.

Zweitens sollten afrikanische Regierungen Instrumente wie Lizenzgebühren und preistreibende Exportquoten – wie in der DR Kongo beobachtet – mit zweckgebundenen, überprüfbaren Transferzahlungen an subnationale Verwaltungsebenen kombinieren. Fiskalischer Druck auf multinationale Unternehmen ist notwendig, aber nicht ausreichend; er muss durch inländische Verteilungsmechanismen mit unabhängigen Prüfverfahren ergänzt werden.

Drittens sollten die Vereinigten Staaten und die Europäische Union in strategischen Partnerschaftsabkommen – einschließlich der Vereinbarung mit der DR Kongo – Bedingungen hinsichtlich der Transparenz der Einnahmen und der Menschenrechte festschreiben, anstatt den Zugang zu Bodenschätzen isoliert von Ergebnissen der Regierungsführung zu behandeln. China stellt solche Bedingungen nicht, aber die Führungskräfte der Region machen deutlich, dass sie vielfältige Investitionen wünschen. Dies bietet die Möglichkeit, mehr Transparenz zu schaffen und die Bedingungen im Bergbau zu verbessern. Das mit Kinshasa unterzeichnete Strategische Partnerschaftsabkommen von 2025 gibt Washington einen echten Hebel, die Offenlegung nach EITI-Standard und die Konsultation der lokalen Gemeinschaften als Bedingung für die Festlegungen zur „Strategischen Rohstoffreserve“ zu fordern – ein Hebel, der in der derzeitigen Fassung ungenutzt bleibt. Die Frage ist, ob die heutige US-Regierung diese Art von Transparenz unterstützen will, oder ob sie sich mit einem bevorzugten Zugang zu den Ressourcen der DR Kongo zufrieden gibt.

Afrikas Chance, seinen Ressourcenreichtum besser für sich zu nutzen, wird sich nicht beliebig wiederholen. Die Nachfrage nach Kobalt, Kupfer und Lithium im Rahmen der Energiewende wird nicht verschwinden. Wohl aber das Zeitfenster, in dem das globale Angebot knapp genug ist, um afrikanischen Produzenten reale Verhandlungsmacht zu verleihen. Batterien, die weniger Kobalt brauchen, Recycling und zusätzliche Minen außerhalb Afrikas untergraben diesen Vorteil, und das Zeitfenster ist kürzer als viele vermuten. Regierungen und Finanzakteure, die diese Phase als einen weiteren Rohstoffzyklus betrachten, statt der einmaligen Gelegenheit, die Bodenschätze in Raffineriekapazitäten und dauerhafte öffentliche Einnahmen umzumünzen, werden sich für

kurzfristige Geschäftsgewinne entschieden haben – und gegen Transformation. Und die afrikanischen Bürger werden den Preis dieser Entscheidung noch lange zahlen müssen.

Conor M. Savoy ist Geschäftsführer von Filterlabs.org und strategischer Berater an der Schnittstelle von Außenpolitik, globaler Entwicklung und internationaler Wirtschaft. Bis Juli 2026 war er Gastwissenschaftler am Center for Global Development in Washington, davor bei USAID.

https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/klima-ressourcen/wie-setzt-afrika-seine-bodenschaetze-in-wert